

## **Alte und Neue Wirtschaftsdemokratie – Das Neuordnungskonzept des radikalen Sozialisten Viktor Agartz aus heutiger Sicht**

### **Viktor Agartz: herausragender radikaler Sozialist**

Viktor Agartz war, so der Historiker Christoph Jünke (2014a u. b) der letzte radikale Theoretiker von SPD und DGB. Als enger Mitarbeiter Kurt Schumachers und Hans Böcklers und Leiter des Mindener Zentralamtes für Wirtschaft in der Britischen Zone, später des Bizonen-Amtes von März 1946 bis Mai 1947, ist er mit seinen marxistisch geprägten wirtschaftspolitischen Vorstellungen auf Seiten der Linken ein herausragender Exponent der Auseinandersetzungen um die gesellschaftspolitische Neuordnung der Bundesrepublik. Demokratischer Rechtsstaat und Vergesellschaftung der zu Monopolbildungen tendierenden Schlüsselindustrien, verbunden mit einer starken Akzentuierung gesellschaftlicher Planung sind Eckpunkte seines noch von den Debatten aus der Zeit der Weimarer Republik (Hilferding, Naphtali) geprägten Konzepts. Von 1949 bis 1955 Direktor des WWI des DGB behält er nach dem Scheitern der gewerkschaftlichen Neuordnungsvorstellungen seine Grundorientierungen bei, nimmt noch einmal wesentlichen Einfluss auf das Aktionsprogramm des DGB von 1954 (expansive Lohnpolitik) und profiliert sich als scharfer Kritiker nun zunehmend geheimer sozialpartnerschaftlicher Hoffnungen. Mit der Grundsatzrede auf dem DGB-Kongress 1954 formuliert er für die Gewerkschaften ein letztes Mal – nach der verhinderten Neuordnung und unbeeindruckt von der Dynamik der mit dem Koreaboom beginnenden „Wirtschaftswunderjahre“ – eine radikal gesellschaftskritische Position in Gegnerschaft zur restaurativen Nachkriegsentwicklung. Ende 1955 wird er vom DGB-Bundesvorstand in den vorzeitigen Ruhestand entlassen und bald darauf „verfemt und verdrängt“ (Walter 2014).

Im heutigen Rückblick ist es leicht, zu sagen, dass das radikal-sozialistische Konzept, für das er stand, nicht nur angesichts der Kräfteverhältnisse im kalten Krieg chancenlos war, sondern auch aufgrund der Schwächen und Irrtümer der wirtschaftsdemokratischen Konzepte aus den 1920er Jahren. Agartz bezieht sich vor dem Hintergrund des Marxschen Klassenkonzepts, auf eine Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, die in Deutschland nach der Niederlage von 1933 nur noch die Kraft hat, an jeweilige Parteitraditionen anzuknüpfen und sich in Gestalt der Einheitsgewerkschaft nunmehr höchst erfolgreich zu institutionalisieren. Und er knüpft – wenn auch nachvollziehbarer Weise – an ein Konzept von Wirtschaftsdemokratie an, das auf Hilferdings Großtheorie vom „organisierten Kapitalismus“ aufлагert, das sich bereits ein Jahr nach seiner Formulierung (Naphtali 1977/28) als Programm des ADGB angesichts der Weltwirtschaftskrise von 1929 hinsichtlich einer zentralen Grundannahme als fehlerhaft erwiesen hat.

Unter den radikalen Sozialisten der 1950er Jahre wie u. a. Gerhard Gleißberg, Wolfgang Abendroth, Theo Pirker, Peter von Oertzen; Leo Kofler, Fritz Lamm, die für vie-

le von uns Heutigen auf die eine oder andere Weise orientierend gewesen sind, ragt er heraus. Von heute aus betrachtet kann man aus der Geschichte von Viktor Agartz im ersten Jahrzehnt der Nachkriegsrestauration sehr viel darüber lernen, wie die herrschende Politik alle verfügbaren Mittel nutzt, um ihre Macht zu sichern und zu festigen – und auch ein wenig darüber, dass seinerzeit von den kommunistischen Parteien des Realsozialismus gegenüber abweichenden radikalsozialistischen Strömungen im Westen nicht viel anders gehandelt wurde. Über Wirtschaftsdemokratie hingegen muss man heute – angesichts multipler gesellschaftlicher Krisenentwicklungen in den Feldern von Ökonomie, Ökologie und Politik (Martens 2014a) sowie nach den wiederholten Debatten über Krise und neue Aktualität des Marxismus – sehr grundlegend neu nachdenken.

### **Grenzen des ursprünglichen Wirtschaftsdemokratie-Konzepts**

Das ursprüngliche wirtschaftsdemokratische Konzept des FDGB war in hohem Maße durch ein sozialistisches Planungsparadigma geprägt. Das Konzept Naphtalis (1977/28) ist dabei von Hilferdings Theorie des „organisierten Kapitalismus“ ebenso wenig zu trennen wie von einer Handlungskonstellation um die Mitte der 1920er Jahre, in der die freien Gewerkschaften mit den Folgen der „halben Revolution“ von 1918 und der Spaltung der Arbeiterbewegung umgehen mussten. Das Konzept transportierte eine für alle damaligen Strömungen der Arbeiterbewegung noch geradezu selbstverständliche Erwartung, dass die historische Entwicklung auf eine sozialistische Gesellschaft zutriebe. Damit verknüpft war die Vorstellung, dass auf dem Weg in eine sozialistischen Gesellschaft die Wirtschaft zunehmend planvoller gestaltet werden und deshalb krisenfreier und schließlich im Interesse der Arbeitenden gesteuert werden könne. Die Entwicklung des „organisierten Kapitalismus“ selbst sollte dieser historischen Tendenz bereits zuarbeiten. Mit Ausbruch der Weltwirtschaftskrise von 1929ff erwies sich das als ökonomisch irrig. Wolfgang Krumbein (2009, 5) weist zutreffend darauf hin, dass Kernaussagen des zugrundeliegenden Konzepts Hilferdings „einer historischen Überprüfung kaum standhalten“. Das gilt für die Annahme eines neutralen staatlich-politischen Systems und insbesondere für die These, „dass sich eine stete Tendenz zur Zunahme von Organisierung und Planmäßigkeit im Kapitalismus“ zeige, mit der zugleich eine „Linderung von Krisen“ verknüpft sei.<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Krumbein zeigt, dass sich hier - wie im Falle anderer Großtheorien kapitalistischer Entwicklung und Formationen (von Lenins „Theorie der allgemeinen Krise des Kapitalismus über deren Variante der „Stamokap-Theorie“ bis hin zur „Theorie vom Finanzmarktkapitalismus“) – zeigen lasse, dass jeweils „Trendextrapolierungen, Merkmalshierarchisierungen und vorschnelle Verallgemeinerungen“ vorgenommen würden, mit denen einem „sich in unberechenbare Richtungen und mitunter extrem schnell verändernden Kapitalismus theoretisch nicht beizukommen“ sei (a .a. O. 7). Zur Kritik der Kriseninterpretation des Finanzmarktkapitalismus siehe auch Krumbein u.a. 2014.

Naphtalis, an Hilferdings Kapitalismustheorie anschließendes Konzept mit der Vorstellung, eine stetig weiter erstarkende Arbeiterbewegung könne mittels der Vergesellschaftung der Monopole und der Übernahme von Steuerungsfunktionen durch „Austauscheliten“ sozusagen den evolutionären Übergang in den Sozialismus erreichen, weist aber auch weitere Schwächen auf. Die starke Akzentsetzung auf zentrale Planung unterschätzt, wie wir heute wissen, die Leistungsfähigkeiten eines „eingebetteten“ Marktes in einer gemischten Wirtschaft. Zudem wird Wirtschaftsdemokratie bei Naphtali als Demokratie *für* die Arbeitenden gedacht, nicht aber als eine *durch* die Arbeitenden. Naphtali selbst hat bei seinen „Austauscheliten“ sogar noch kaum die – zu seinerzeit allerdings auch noch sehr jungen – Betriebsräte im Blick. Das alte Konzept der Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft, an das der DGB in seinem ersten Grundsatzprogramm von 1949 unter Einfluss von Agartz wieder anknüpfte, war also mit ökonomischen Irrtümern verknüpft.

Was im Kampf um die Neuordnung der entstehenden Bundesrepublik von den Gewerkschaften mit der Montanmitbestimmung durchgesetzt werden konnte, war dann – wie Ulrich Borsdorf (1986, 274) zutreffend analysiert hat die „isolierte Pragmatisierung einiger Grundgedanken der Wirtschaftsdemokratie für die Kräftekonstellation der Nachkriegszeit“. Auf Basis der dynamischen Entwicklung der ersten Nachkriegsjahrzehnte entwickelte sich daraus im Zuge der weiteren rechtlichen Institutionalisierung von Mitbestimmung in Betrieb und Unternehmen das für Deutschland charakteristische „Duale System“. Und dieses fasziniert bis auf den Tag die Mainstreamsoziologie (Müller-Jentsch 2013).<sup>2</sup> Wenn dabei für Müller-Jentsch ein erweiterter institutioneller Ansatz zum „Leitfaden für die Darstellung und Analyse“ der industriellen Beziehungen wird (Müller-Jentsch 1996,77), dann kann es nicht verwundern, dass sich von da aus ein in doppelter Weise begrenzter Blick auf Möglichkeiten einer weitertreibenden Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft ergibt: Die „alte Wirtschaftsdemokratie“ ist von ihm aus historisch erledigt, denn die „isolierte Pragmatisierung einiger ihrer Grundgedanken“ ist in Institutionalisierungsprozesse gemündet, die sich in ganz anderen Kontexten zunächst erfolgreich entfaltet haben, inzwischen aber erkennbar erodieren (Forum Gewerkschaften 2014). Der

---

<sup>2</sup> Hermann Kotthoff (2013) hat deren, weiter einschränkende, Fokussierung auf die betriebliche Mitbestimmung detailliert als eine Erfolgsgeschichte nachzuzeichnen versucht - und dabei wohl eher unfreiwillig die Schwäche dieser Forschungslinie in seinem Verweis auf Forschungslücken eingeräumt. Denn wenn er schreibt, dass „die Frage, wie diese unwahrscheinliche Idee (der Mitbestimmung H. M.) angesichts der realen Konfliktkonstellationen historisch real werden konnte, (...) nicht hinreichend geklärt“ sei (a. a. O. 335), dann verweist das exakt auf die Schwerpunktsetzungen der Mainstreamforschung zurück, die er zu Beginn seiner Bilanz hervorhebt, nämlich: „Institutionenkunde ..., Prozesse der Interaktion, Mechanismen der Integration ..., Einbettung in umfassendere normative Ordnung“ (a. a. O. 225). Es handelt sich um Artefakte eines einzeldisziplinären Zugriffs auf eine komplexe Realität, die sich dabei nicht einmal auf dem Niveau fortgeschrittener Institutionentheorie (Rehberg 1994) bewegt, geschweige denn die Interessenwirksamkeit bzw. Gestaltungskraft der sie interessierenden Interaktions- und Integrationsprozesse angesichts sich verändernder Bedingungen zureichend erfasst. Die Analyse des Forums Gewerkschaften (2014) weist dies überzeugend nach.

Blick auf eventuelle Möglichkeiten einer „neuen Wirtschaftsdemokratie“ hingegen kann sich aus einem institutionentheoretisch verengten Blick heraus nicht eröffnen. Dazu müsste man schon danach fragen, ob die Entwicklung der lebendigen Arbeit hierfür möglicherweise neue Potentiale entfaltet.

Dieser Gedanke führt noch einmal zu Viktor Agartz Neuordnungsvorstellungen zurück. Das wirtschaftsdemokratische Konzept, an das er anknüpfte, war, wie gezeigt, auch demokratietheoretisch unentwickelt. Es beinhaltete keine weitergehenden Vorstellungen dazu, wie die BürgerInnen als Arbeitende wie auch als Konsumenten aktiv in Prozesse der Demokratisierung der Wirtschaft einbezogen werden könnten.<sup>3</sup> Es mangelt ihm an radikaldemokratischen Zuspitzungen, die aus heutiger Sicht gegen die Entdemokratisierungsprozesse, mit denen wir konfrontiert sind, besonders wichtig wären. In Abwandlung von Brechts Formulierung, der Sozialismus sei „das Einfache, das schwer zu machen ist“, müsste man heute in unseren Zeiten fortschreitender postdemokratischer Entwicklungen sagen, dass auch die Demokratie – als Lebensform, - etwas einfaches – vom Beginn des demokratischen Projekts der Moderne an immer virulentes ist (Martens 2012), das schwer zu machen ist (Martens 2015a).

Ernst Bloch hat 1917 – ganz der selbstverständlichen Orientierung auf den Sozialismus verpflichtet, die die Arbeiterbewegung der Zeit prägt – geschrieben: „Jedes Volk hat nur den Sozialismus zu erwarten, den es aufgrund seiner errungenen bürgerlichen Freiheiten verdient. Sozialismus ohne weitgehende Kontrolle von unten, ohne durchgängige zwar regulierte doch nicht dominierte Demokratie ist lediglich ein Preußentum ohne Privateigentum, also Staatssozialismus, mit Akzent auf Staat“ (zitiert nach Schumacher 1978, 381); und Joachim Schumacher hat im Nachwort zu seinem damals neu aufgelegten Buch von 1937 vermerkt: „Offensichtlich kommt es nicht so sehr auf Besitzverhältnisse als auf Kontrollfunktionen an“. Meine im Folgenden ausgeführte Argumentation ist eine nochmals verschärfte Akzentsetzung, weil ich einräumen muss, heute keine hinreichend klare Vorstellung davon zu haben, was ein zukünftiger Sozialismus sein könnte, mich aber sehr bewusst in die radikaldemokratische Tradition des demokratischen Projekts der Moderne stelle.<sup>4</sup>

---

<sup>3</sup> Das DGB-Grundsatzprogramm von 1949 sah programmatisch immerhin die Mitbestimmung am Arbeitsplatz vor. Die Mitbestimmungspraxis entsprach dem freilich nicht. Dies hatte sicherlich auch damit zu tun, dass die Gewerkschaften der 1950er und 1960er Jahre eine Arbeiterschaft organisierten, die noch in ausgesprochen hierarchischen Strukturen sozialisiert worden war. Für die Betriebsrätegeneration, die in der Montanindustrie mit den Septemberstreiks 1969 neu nach vorne drängte, ist das allerdings eine einschneidende, persönlich entscheidend motivierende Erfahrung gewesen (Hindrichs u.a. 2000, 105-125).

<sup>4</sup> Und schon gar nicht scheint es mir möglich, von irgendwelchen Fluchtpunkten gesellschaftlicher Entwicklung auszugehen. Hier halte ich es mit dem radikalen französischen Aufklärer Denis Diderot, der 1770 schrieb: „Soll ich Ihnen ein schönes Paradox aufweisen? Ich bin überzeugt, daß wahres Glück für die Menschen nur in einer Gesellschaft besteht, in der es weder einen König noch eine Obrigkeit, weder Priester noch Gesetze, weder Dein noch Mein, weder Besitz noch Vermögen, weder Laster noch Tugend gibt; und dieser gesellschaftliche Zustand ist verteuftelt ideal!“ (zitiert nach Desné 1963,88).

## Wirtschaftsdemokratie neu denken

Heute ginge es also um ein Konzept, das neben der Aufgabe, ökonomische Steuerungsprozesse in den fortgeschrittenen Arbeitsgesellschaften zu verändern vor allem in seinem demokratiethoretischen Gehalt gestärkt und gegen die Postdemokratisierung unserer Gesellschaft gerichtet sein müsste. Es könnte dabei, anknüpfend an die Ergebnisse von Entgrenzung und Subjektivierung von Arbeit, auf neuen Ansätzen zu einer Demokratisierung von Arbeit aufsetzen (Fricke/Wagner 2012). Aber Demokratie zu praktizieren braucht u.a. Zeit. Es gäbe deshalb in Deutschland und Europa nur Spielräume für ein solches Konzept, wenn die neoliberale Austeritätspolitik zugunsten eines neuen qualitativen Keynesianismus (Zinn 2007) durchbrochen werden könnte, der im Übrigen auch neue Antworten auf die ökonomischen und ökologischen Krisenprozesse ermöglichen würde.

Die Anknüpfungspunkte lägen mithin makroökonomisch in der weiteren Konkretisierung der Kritik des „Triumphes der gescheiterten Ideen“ (Lehndorff 2012) des Neoliberalismus; Und hier wäre die Krise der EU (Martens 2014b) aktuell von Griechenland her zu thematisieren. Demokratiethoretisch läge die Herausforderung in der beharrlichen Fortführung der Kritik an einer weiteren Herbeiführung einer „marktkonformen Demokratie“ – als nächstes mit TTIP und TAFTA -, die am Ende keine Demokratie mehr sein wird.<sup>5</sup> Eine ganz wichtige Voraussetzung dafür, dass eine solche Kritik heute praktischen Widerhall finden könnte, ist die neue, subjektivierete Arbeit – oder in Marxschen Termini die heute erreichte Stufe reeller Subsumtion der lebendigen Arbeit unter das Kapital. Deren Folge sind auf der einen Seite neue „Pathologien der Arbeit“ (Jaeggi/Kübler 2014) auf der anderen Seite aber auch – kontrafaktisch zu den arbeitssoziologischen Debatten zu einer fortschreitenden Selbstunterwerfung der Arbeitenden unter Vermarktlichungsprozesse mit deren permanenter Reorganisation in der Folge – zunehmende Konflikte darum, anknüpfend an ein neues Autonomiepotential gegen die Verwertungslogik der Wirtschaft die die Kooperationslogik der lebendigen Arbeit zu setzen.

Das allenthalben forcierte „Arbeitskraftunternehmertum“, also das von den Beschäftigten geforderte strategische unternehmerische Mitdenken – in Bezug auf die Bereiche von Produktion, Forschung und Entwicklung oder (produktionsnahe) Dienstleistungen jeweiliger Unternehmen, in denen sie tätig sind, wie auch in Bezug auf die Entwicklung ihres eigenen Arbeitsvermögens – bietet in diesem Zusammenhang viel-

---

<sup>5</sup> Jens Berger (2013,2) schreibt in seiner Besprechung des letzten Buches des konservativen Demokraten Frank Schirrmacher zutreffend: „Eine Politik die „marktkonform“ ist, ist somit nichts großartig anderes als eine Politik, die dieses Spiel (der Märkte H. M.) angenommen hat und sich den Spielregeln beugt. In einer Welt, in der das neoklassische Bild des ‚homo oeconomicus‘ grundlegendes Element der Spielregeln ist, und der Egoismus zum rationalen Handeln erklärt wird, bleibt jedoch kein Platz mehr für den Menschen als Mensch. Die ‚neue Supertheorie‘, die laut Schirrmacher eine Melange aus neoklassischer und neoliberaler Ökonomie, Darwinismus und Computertechnologie ist, droht vielmehr in letzter Konsequenz zu einem neuen Totalitarismus zu werden“.

fältige Anknüpfungspunkte. Es geht hier um eine „Demokratisierung der Arbeit“ als Grundlage neuer wirtschaftsdemokratischer Perspektiven (Detje/Sauer 2012). Dabei käme es zunächst darauf an – auch im genuinen Interesse der Sicherung der Effizienz ökonomischen Handelns unter kapitalistischen Bedingungen – die strukturellen Rationalitäten kooperativer Arbeitszusammenhänge, bei denen es um den kooperativen Wert der Arbeit geht, gegen die strukturellen Rationalitäten ökonomischer Verwertungsbeziehungen ins Spiel zu bringen, bei denen es um den ökonomischen Wert der Arbeit geht (Katenkamp u.a. 2014). Hier liegen neue Chancen gerade wegen der Vermarktlichung und Subjektivierung von Arbeit. Und die führt nicht nur zwingend zu Gruppenkooperation als einem Grundprinzip von Arbeit. Denn darauf aufbauend ergibt sich dann auch die Frage nach den Freiheitsgründen, die nicht nur Eigentum, sondern auch dessen politische Einbettung und wirtschaftsdemokratische Steuerung rechtfertigen. Wirtschaftsdemokratie - und in einem ersten Schritt der Systemkorrektur eine Revitalisierung von Mitbestimmung in Betrieb und Unternehmen – hinge, aus diesem Blickwinkel betrachtet, in der Luft, wenn sie nicht von unten durch eine Demokratisierung der Arbeit fundiert wäre. Und dies impliziert eine „Umkehrung bisheriger Denk- und Verhaltensmuster“ (Forum Gewerkschaften 2014, 32), wie sie die alten wirtschaftsdemokratischen Konzepte und auch die Praxis repräsentativer Mitbestimmung gekennzeichnet haben.

### **Neue Wirtschaftsdemokratie**

Eine neue Wirtschaftsdemokratie (Martens 2010 und 2015b), die auf der Linie dieser Überlegungen weiter zu durchdenken und schrittweise zu entwickeln und umzusetzen wäre – ausgehend von Schritten zu einer Demokratisierung der Arbeit einerseits, einem Bruch mit der immer noch herrschenden neoliberal begründeten Austeritätspolitik in Europa andererseits (Lehndorff 2012, Martens 2014b) – lässt sich nur als zugleich treibendes Moment und schrittweise institutionalisiertes Ergebnis längerer Reformprozesse denken. Dies ist zum einen darin begründet, dass – wie schon betont – wirtschaftsdemokratische Instrumente gründlich durchdacht und dann experimentell geprüft und weiterentwickelt werden müssen. Weiterhin darf man nicht außer acht lassen, dass eine, wenn auch heute veraltete konzeptionelle Traditionslinie sowie praktische Anknüpfungspunkte in Gestalt der Mitbestimmung in Betrieb und Unternehmen im Wesentlichen ein deutscher Sonderfall sind. Konzepte einer Demokratisierung der Arbeit wären hingegen nicht nur in Deutschland neu, eben eine „Umkehrung bisheriger Denk- und Verhaltensmuster“, sondern ebenso in anderen europäischen Ländern. Überall „arbeiten“ solchen Ansätzen aber die Veränderungen von Erwerbsarbeit in Form ihrer Entgrenzung und Subjektivierung zu. Und ebenso gäbe es überall aus den Erfahrungen mit dem Aufbau der wohlfahrtsstaatlichen Demokratien der ersten Nachkriegsjahrzehnte heraus Anknüpfungspunkte für eine wirkliche „neue Reformpolitik“ und einen neuen, qualitativen Keynesianismus; ja der Druck für ein wirtschaftspolitisches Umsteuern dürfte innerhalb der EU zunächst und vor allem in den Ländern wachsen, die massiv von den ökonomischen Krisenent-

wicklungen betroffen sind – also von den südeuropäischen Staaten ausgehend in einer wachsenden Zahl von Mitgliedsstaaten (FNPA 2014).

Eine „Neue Wirtschaftsdemokratie“, wie hier im ersten Zugriff skizziert, würde dann allerdings weitergehende Veränderungen implizieren, allerdings ohne dass damit zwingend sozialistische Zielvorstellungen verknüpft wären, wie auch immer sie gedacht sein mögen. Sie wäre ein Konzept für eine gemischte Wirtschaft, in der ein neu eingebetteter Markt nicht infrage steht. Sie wäre aber Teil einer politischen Ordnung, die die materielle Selbstbestimmung der Einzelnen durch eine Demokratisierung von Arbeit auf der Grundlage der Freiheitsversprechen des Eigentums stärkt und in der es ein politisches Ziel werden würde, möglichst viele BürgerInnen am Produktiveigentum zu beteiligen. Entwicklungen wie wir sie heute erleben, nämlich zur Herausbildung einer neuen winzig kleinen Schicht von superreichen Milliardären einer globalen Geldelite, die die politische Idee einer demokratischen Gesellschaft von Freien und Gleichen untergräbt, wäre in einer solchen Gesellschaft wohl nicht mehr denkbar. Aber ihre weitere Zukunft wäre offen.<sup>6</sup> Sie stünde im Rahmen ihrer demokratischen Strukturen in Gesellschaft und Wirtschaft immer wieder neu zur Entscheidung an.

#### Literatur:

- Berger, J. (2013): Frank Schirmachers neues Buch „Ego“ – überhaupt nichtmarktkonform, <http://www.nachdenkseiten.de/wp-print.php?p016222>
- Borsdorf, U. (1986): Wirtschaftsdemokratie und Mitbestimmung. – Historische Stufen der Annäherung an den Kapitalismus, in: WSI-Mitteilungen3/1986, S. 264-278
- Detje, R.; Sauer, D. (2012): Vom Kopf auf die Füße stellen. Für eine arbeitspolitische Fundierung wirtschaftsdemokratischer Perspektiven, in: Fricke, W.; Wagner, H. (Hg.): Demokratisierung der Arbeit. Neuansätze für Humanisierung und Wirtschaftsdemokratie, Hamburg, S. 55-85
- Desnè, R. (1963): Der Gauner und der Philosoph, in: Denis Diderot. Rameaus Neffe. Übersetzt und für die Bühne bearbeitet von Tankred Dorst, Köln-Berlin, S. 65-90
- FNPA (2014) Protokoll der FNPA Jahrestagung, Berlin 11./12. 04. 2014 „Europäische Rahmenbedingungen gewerkschaftlicher Arbeitspolitik – Gute Arbeit in Europa“, [www.FNPA.de](http://www.FNPA.de)
- Forum Gewerkschaften (2014): Plädoyer für einen Neustart. Betriebliche Mitbestimmung auf dem Prüfstand, Supplement der Zeitschrift Sozialismus 11/2014
- Fricke, W.; Wagner, H. (Hg.): Demokratisierung der Arbeit. Neuansätze für Humanisierung und Wirtschaftsdemokratie, Hamburg,
- Hindrichs, W.; Jürgenhake, U.; Kleinschmidt, C.; Kruse, W.; Lichte, R.; Martens, H. (2000): Der lange Abschied vom Malocher. Sozialer Umbruch in der Stahlindustrie und die Rolle der Betriebsräte von 1960 bis in die neunziger Jahre, Essen
- Jaeggi, R.; Kübler, L. (2014): Pathologien der Arbeit. Zur Bedeutung eines gesellschaftlichen Kooperationsverhältnisses, in: WSI-Mitteilungen7/2014, S.521-527
- Jünke, C. (2014a): Enteignung, Planung, Kontrolle. Viktor Agartz war der letzte radikale Theoretiker von SPD und DGB. Zur Diskussion seiner fast vergessenen wirtschaftsdemokratischen Konzepte nach 1945, in: Junge Welt; 09.12. 2014

---

<sup>6</sup> Jürgen Roesler (2010) zeigt in seiner Analyse des New Deal überzeugend, dass im Prozess der Durchsetzung dieses Konzepts durchaus Öffnungen für eine weitergehende Transformation des US-amerikanischen Kapitalismus gegeben waren.

- Jünke, C. (2014b): Beteiligen statt bestimmen. In Junge Welt 10. 12-. 2014
- Katenkamp, O.; Dechmann, U.; Georg, A. Meyn, C.; Peter, A. ; Peter, G. (2014): Change-Management und seine psychosozialen Belastungen – eine interdisziplinäre Betrachtung über die Autonomie der Arbeit, in: ARBEIT. Zeitschrift für Arbeitsforschung, Arbeitsgestaltung und Arbeitspolitik, Heft 2, 2014, S. 77-91
- Kotthoff, H. (2013): Betriebliche Mitbestimmung im Spiegel der jüngeren Forschung, in: Industrielle Beziehungen 4/2013, S. 323-341
- Krumbein, W. (2009): Vom Scheitern der „großen“ Kapitalismustheorien im Angesicht von Jahrhundertereignissen, in: Krumbein, W./Bischoff, J. (2009): Krisen-Deutungen. Ist marxistische Kapitalismustheorie auf der Höhe der Zeit? Supplement der Zeitschrift Sozialismus 11/2009, S. 2-29
- Krumbein, W.; Fricke, J.; Hellmer, F.; Oelschlägel, H. (2014): Finanzmarktkapitalismus? Zur Kritik einer gängigen Kriseninterpretation und Zeitdiagnose, Marburg
- Lehndorff, S. (2012): Ein Triumph gescheiterter Ideen. Warum Europa tief in der Krise steckt – Zehn Länderfallstudien, Hamburg
- Martens, H. (2010): Neue Wirtschaftsdemokratie. Anknüpfungspunkte im Zeichen der Krise von Ökonomie, Ökologie und Politik, Hamburg
- (2012): Neue Wirtschaftsdemokratie und das demokratische Projekt der Moderne. Fünf Thesen, in: Gegenblende. Das gewerkschaftliche Debattenmagazin, Ausgabe März/April 2012, <http://www.gegenblende.de>
  - (2014a): Subjektivierung und neues zivilisatorisches Modell. Plessner, Elias, Arendt, Rancière und Foucault zusammen- und weiterdenken, Münster
  - (2014b): Europäische Rahmenbedingungen gewerkschaftlicher Arbeitspolitik.- zwölf Thesen, in: SPW, Heft 202, Ausgabe 3/2014, S. 50-58
  - (2015a): Zwischen Elitenherrschaft und radikaler Demokratie, [www.drhelmutmartens.de](http://www.drhelmutmartens.de)
  - (2015b) Neue Wirtschaftsdemokratie – Überlegungen zur Neubegründung und zur Reichweite eines nur vermeintlich unzeitgemäßen Konzepts, [www.drhelmutmartens.de](http://www.drhelmutmartens.de)
- Müller-Jentsch, W. (1997): Soziologie der industriellen Beziehungen, 2. Überarbeitete und erweiterte Auflage, Frankfurt/New York
- (2013) Zwanzig Jahre Industrielle Beziehungen – Rückblick und Bilanz, in: Industrielle Beziehungen 4/2013, S. 258-284
- Naphtali, F. (1977/28): Wirtschaftsdemokratie. Ihr Wesen, Weg und Ziel, Frankfurt am Main
- Rehberg, K. S. (1994): Institutionen als symbolische Ordnungen. Leitfragen und Grundkategorien zur Theorie und Analyse institutioneller Mechanismen, in: Göhler, G. (Hg.): Die Eigenart der Institutionen. Zum Profil politischer Institutionentheorie, Baden-Baden, S. 47-84
- Roesler, J. (2010): Der schwierige Weg in eine solidarische Wirtschaft. Historische Erfahrungen aus Weltwirtschaftskrise und New Deal. Supplement der Zeitschrift Sozialismus 9/2010
- Schumacher, J. (1978/37): Die Angst vor dem Chaos. Über die falsche Apokalypse des Bürgertums, Frankfurt am Main
- Walter, R. (2014): 1954: Verdrängt, verfemt, in: Freitag 01.10. 2014